

Bundesministerium für
Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, 28. April 2008
GZ 301.424/002-S4-2/08

Novelle zum Nachtschwerarbeitsgesetz; Entwurf und Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit E-Mail vom 9. April 2008,
GZ BMSK-21119/0007-II/A/1/2008 übermittelten Entwurfs einer Novelle zum Nachtschwerarbeitsgesetz und teilt zur Darstellung der finanziellen Auswirkungen folgendes mit:

Nach den Erläuterungen wird die weitere Anwendung des Beitragssatzes in Höhe von 2 % für die Jahre 2008 und 2009 zu Mindereinnahmen für die Pensionsversicherung – und damit zu Mehraufwendungen für den Bund – in Höhe von 12 Mill. EUR jährlich führen. Die Erläuterungen enthalten jedoch keine nachvollziehbare Herleitung dieser Beträge.

Der Rechnungshof verweist auf die Richtlinien für die Ermittlung und Darstellung der finanziellen Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen gemäß § 14 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. II Nr. 50/1999, i.d.g.F., nach deren TZ 1.4.1 die Ausgangsgrößen, Annahmen, Zwischenergebnisse, Bewertungen usw. so klar darzustellen sind, dass der Kalkulationsprozess bis hin zum Ergebnis vollständig transparent und nachvollziehbar wird. Die vorliegende Darstellung entspricht diesen Richtlinien nicht.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates, übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: